

Geplantes Windrad

## Politik hält an eingeschlagenem Kurs fest

Von LARS NIENABER

Langenberg (gl). Es ist ja nicht so, als dass sich die Kommune nicht schon seit fast 20 Jahren mit dem Thema Windenergie in der Gemeinde befassen würde. Und doch ist es so, dass sich immer wieder neue Entwicklungen auftun. So auch jetzt. Eine Bürgerwindgemeinschaft aus der Nachbarstadt möchte konkret ein Windrad in Langenberg errichten. Politik und Verwaltung lehnen dies ab – aus vermeintlicher Bürgernähe.

Die Fronten sind verhärtet: Auf

der einen Seite die Energiegenossenschaft Rhowie, die auf einer Fläche an der Mastholter Straße ein 246 Meter hohe Windenergieanlage (WEA) bauen möchte, auf der anderen Seite die Anwohner, die um ihre Ruhe und ihre pittoresken Aussichten bangen. Politisch setzen sich die Grabenkämpfe fort. „Zum Schutz der Bürger“, wie sie sagen, lehnen die Verwaltungsspitze und weite Teile des Rats das Projekt der Rheda-Wiedenbrücker ab. Eine Minderheit, namentlich Vertreter von SPD und Grünen, befürworten den Bau mittlerweile. Dementsprechend kontrovers wird über

das Thema gestritten.

So auch am Donnerstagabend im Ausschuss für Planen und Bauen. Hintergrund ist, dass die Rhowie einen Bauantrag gestellt hat. Das Projekt soll in der „Birkenheide“ realisiert werden. Die Fläche wurde im langjährigen Prozess zur Ausweisung von Windenergiezonen als geeignet erachtet, aus rein politischen Gründen aber nicht weiter verfolgt. Einer Bauvoranfrage hatte man seinerzeit daher das gemeindliche Einvernehmen versagt. Mit vielen Worten wurde in der Sitzung des Gremiums erläutert, dass man an diesem Kurs

festhalten wolle und warum man dies möchte.

Von einer „Verpflichtung den Anwohnern gegenüber“ sprach Ausschussvorsitzende Helge Rix (CDU). Ihre Parteikollegin Monika Düsing pflichtete ihr bei. Es gebe keine neuen Erkenntnisse, betonte sie, daher müsse man das Einvernehmen wie schon 2018 bei der Voranfrage versagen. Ins selbe Horn blies Heribert Neukirch (UWG). Man habe seinerzeit nach bestem Wissen und Gewissen die Sachlage bewertet, meinte er. Und: Das Thema werde die Gemeinde so oder so noch länger begleiten, mutmaßte er.

Das Bemerkenswerte an der coronabedingt verkürzten Sitzung am Donnerstag war, dass vieles nicht zur Sprache kam. Wenn CDU-Fraktionsvorsitzende Monika Düsing unterstrich, dass sich die Sachlage seit 2018 nicht geändert habe, verwies sie, dass sowohl das Verwaltungsgericht als auch die Bezirksregierung gleichzeitig die Vorgehensweise der Gemeinde bemängelt haben. Sowohl aus Sicht der Mindener Richter als auch aus der der Detmolder Vertretung der Landesregierung hätte die „Birkenheide“ nicht einfach aus dem Fokus genommen werden dürfen.

### Hintergrund

Der Bauantrag der Rhowie geht auf eine Bauvoranfrage aus dem Jahr 2018 zurück. Weil die beantragte Windenergieanlage außerhalb der im Flächennutzungsplan dargestellten Konzentrationszonen liegt, hatte der Bauausschuss im Oktober 2018 das gemeindliche Einvernehmen nicht hergestellt. Der Kreis Gütersloh musste das Ansinnen der Bürgerwindgemeinschaft ablehnen. Gegen diesen Bescheid hatte die Rhowie Klage erhoben und bekam Recht zugesprochen. Das Gericht hielt den alten, noch gültigen Flächennutzungsplan aufgrund eines früheren Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster in einem ähnlich gelagerten Fall wegen eines Formfehlers für unwirksam. Zudem bemängelte es die Herausnahme der „Birkenheide“.

Daraufhin hat die Gemeinde, die im Prozess lediglich Beigeladene ist, einen Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt, und zwar mit der Begründung, dass sie die Rechtsprechung des OVG zu den Bekanntmachungsfehlern für falsch erachtet. Zwar läuft das Prüfverfahren vermutlich noch über Monate. Und so lange ist auch der Richterspruch aus Minden nicht wirksam. Allerdings teilt der vierte Senat des Bundesverwaltungsgerichts die Auffassung des OVG und hat das Urteil zu den Bekanntmachungsfehlern bestätigt – wenn auch noch nicht veröffentlicht.

Aus urheberrechtlichen Gründen musste dieses Bild gelöscht werden

Im Nebel befindet sich derzeit noch die Zukunft des geplanten Windrads, das die Rhowie an der Mastholter Straße errichten möchte. Die Mehrheit des Bauausschusses hat dem Projekt, für das ein Bauantrag vorliegt, das Einvernehmen versagt. Hintergrund ist, dass ein Urteil, das den Bau ermöglichen könnte, noch nicht rechtskräftig ist, weil die Gemeinde in die Berufung gehen möchte. Foto: dpa

## Grüne: „Berufung ein reines Zeitspiel“

Langenberg (lani). Keine Grundlage dafür, das Einvernehmen zu versagen, sehen die Langenberger Bündnisgrünen. Sie vermuten in der juristischen Vorgehensweise, die die Kommune derzeit anstrengt, „reines Zeitspiel“. Wo die Gemeinde seit dem Urteil nunmehr die Grundlage für eine erfolgreiche Berufung sieht, erschließt sich mir nicht“, meinte Thomas Leinweber. Und weiter: „Mein gesunder Menschenverstand sagt mir an dieser Stelle, dass ein Versagen des gemeindlichen Einvernehmens allenfalls noch aufschiebende Wirkung hätte und das Geld der

Steuerzahler kostet.“ Leinweber ärgerte sich insbesondere darüber, dass die Diskussion nicht offen geführt wurde. Völlig außer Acht gelassen würden die zwingende Notwendigkeit von Windenergie als alternative Stromquelle sowie der wirtschaftliche Faktor eines Bürgerwindrads. Dieses würde über Jahrzehnte vermutlich einen hohen fünfstelligen Betrag pro Jahr in die Gemeindekasse spülen – „addiert ein Millionenbetrag, den wir uns entgehen lassen würden“. Zudem wolle die Rhowie die Einwohner der Gemeinde von der Windenergie profitieren lassen.

Die Wertschöpfung bliebe so vor Ort, unterstrich Leinweber.

Dass der Rat der Gemeinde zwar mit bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe, als er die „Birkenheide“ aus dem Verfahren nahm, bedeute nicht, dass man diesen Fehler nicht wieder korrigieren könne, erläuterte Klaus Rinne (SPD). Es sei an der Zeit, die Tatsachen zu akzeptieren und endlich eine rechtssichere Änderung des Flächennutzungsplans anzustrengen, meinte der Sozialdemokrat.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende kritisierte zudem, dass der Antrag auf Zulassung der Berufung

offenbar ohne politische Legitimation gestellt worden sei. Zumindest sei ihm ein entsprechender Beschluss des Rats oder einer Infonote nicht bekannt. Rein formell würde der jetzt eingeschlagene juristische Weg zwar eine Versagung des Einvernehmens rechtfertigen. Aber: „Man könnte auch den Antrag zurücknehmen und endlich das Gesamtthema Windenergie als Teil des Klimaschutzes – so wie es vor der Wahl alle versprochen haben – angehen und den Flächennutzungsplan entsprechend rechtssicher ändern“, verlas Rinne eine Stellungnahme seiner Partei.

### Kommentar

#### Der Realität ins Auge sehen

Von LARS NIENABER

„Augen zu und durch“ – so lautet nicht nur der Titel eines Schlagers von Wolfgang Petry. So lässt sich auch die Marschroute beschreiben, die Politik und Verwaltung mehrheitlich eingeschlagen haben und stoisch weiterverfolgen. Ungeachtet der Tatsache, dass der vermeintlich bürgernahe Beschluss, auf die „Birkenheide“ als Windkraftkonzentrationszone zu verzichten, von Verwaltungs- und juristischer Instanz einkassiert wurde, wird munter weiter mit populären Worthülsen gegen eine Kursänderung argumentiert, neue Erkenntnisse werden unter den Tisch fallengelassen. Dass sich die Beschlusslage vor dem Hintergrund – noch nicht wirksamer – Rechtssprechung im Grunde überholt hat, ist das eine. Dass der Klimawandel, der mit alternativen Energieformen einzudämmen wäre, auch vor Langenberg nicht halt macht, das andere.

Es ist an der Zeit, der Realität ins Auge zu sehen. Und die sieht so aus, dass formell nichts gegen ein Windrad an der „Birkenheide“ spricht. Meinte es die Gemeinde ernst mit ihrem grünen Image, käme sie an einem Einvernehmen nicht vorbei. Ob sich dort später tatsächlich die Flügel eines Windrads drehen, müsste ohnehin dezidiert geprüft werden.



Im gering besiedelten Außenbereich soll die 246 Meter hohe Anlage entstehen. Anwohner lehnen das Projekt ab.

## Rhowie entschlossen und optimistisch

Langenberg (lani). Ein Vertreter der Rhowie hat die Debatte um die Berufungsantragsprüfung und das gemeindliche Einvernehmen von der Besucherfläche aus verfolgt. Auch wenn die abschließende Abstimmung bei vier Nein-Stimmen zugunsten der Anlagengegner recht deutlich ausfiel, gibt sich Genossenschaftsvorstand Hubert Leiwes am Tag danach im Gespräch mit der „Glocke“ gelassen. „Wir verfolgen unser Projekt weiterhin entschlossen und optimistisch“, sagte er. Das Prüfverfahren hinsichtlich der Berufung beunruhige ihn keineswegs, be-

tonte Hubert Leiwes.

Die Rhowie setzt weiterhin darauf, dass sie in der Gemeinde als Genossenschaft von Bürgern für Bürger wahrgenommen wird. Laut Hubert Leiwes sollen sich an dem „Windpark in einer einzigen Anlage“ ausschließlich Langenberger und Bürger aus der unmittelbaren Umgebung beteiligen sowie davon profitieren können. Die Anlage vom Typ Enercon E-160 EP 5 mit einer Nabenhöhe von 166 Metern und einer Gesamthöhe von 246 Metern könne mehr Haushalte versorgen, als in der Gemeinde vorhanden sind.